

1 CSU im Landkreis NEA/BW analysiert regionale Auswirkungen

2 Migration begrenzen – 3 qualifizierte Zuwanderung fördern

4
5

6 Vorab: Wir bekennen uns als christliche Partei zum Recht auf Asyl im Grundgesetz sowie zur
7 Genfer Flüchtlingskonvention und zu unseren, aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen zur Bearbeitung jedes Asylantrags. Wir sehen, als CSU im Landkreis Neustadt/Aisch
8 – Bad Windsheim, aber auch, dass unsere Bevölkerung in großer Mehrheit mittlerweile eine
9 weitere Migration in unser Land ablehnt. Im letzten Deutschlandtrend der ARD (28.09.2023)
10 sprechen sich aktuell 64 Prozent dafür aus, dass Deutschland weniger Flüchtlinge aufnehmen
11 sollte. Für die nachstehend genannten Forderungen und Positionen ist aber nicht allein die
12 Mehrheitsmeinung ausschlaggebend, sondern es sind die mit einer unbegrenzten Zuwandern
13 verbundenen sachlichen und politischen Herausforderungen.
14

15 Wir beobachten dabei eine Differenzierung in der Beurteilung je nach Herkunftsland der
16 Flüchtlinge. Vor allem wird der Zuzug aus jenen Staaten besonders abgelehnt, deren Werte-
17 kanon bisweilen deutlich von dem unsrigen abweicht (Frauenrechte, Demokratieverständnis
18 usw.). Dies sind vornehmlich islamistisch geprägte Länder. Wir erachten es auch als wichtig,
19 diesen Umstand beim Namen zu benennen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass nur Parteien
20 der politischen Ränder dies tun und so weiteren Zuspruch erfahren.

21 Die Bilder der vergangenen Wochen sorgen uns: Es ist nicht nur, aber in erheblichem Maß der
22 islamisch geprägte Kulturraum, in dem Judenhass Alltagskultur ist. Aber auch die Hetze gegen
23 Minderheiten oder die Nicht-Gleichberechtigung von Mann und Frau sind in Ursprungsländern
24 der hiesigen Migrationsströme häufig Alltag. Leider gibt es nicht besonders viele, mehrheitlich
25 islamistisch geprägte Länder, in denen Andersgläubige ein leichtes Leben haben. In denen
26 Frauen Gleichberechtigung erfahren oder Homosexuelle Minderheitenschutz genießen. Im sä-
27 kularisierten, aufgeklärten und modernen Deutschland sind dies gleichwohl Werte, für die wir
28 stehen, die für unsere Gesellschaft wichtig sind. Durch einen weiteren massenhaften Zuzug,
29 etwa aus Syrien, Afghanistan, mit Abstrichen auch der Türkei, befürchten wir, wie viele Men-
30 schen, dass diese unsere Werte unter Druck geraten könnten. Eben weil sie nicht mehr zwin-
31 gend als unantastbar gelten. Demonstrationen in deutschen Innenstädten für die Einführung
32 eines Kalifats sind nicht hinnehmbar.
33

34 In diesem Kontext wird auch die Bedeutung einer Leitkultur ersichtlich. In Deutschland gilt das
35 Grundgesetz – und zudem ein Kanon an (immateriellen) Werten, auf denen unser Miteinander
36 fußt. Wir wollen alle zu uns kommenden Menschen, ob mit dauerhafter Bleibeperspektive oder
37 während ihres begrenzten Schutzstatus, einbinden und integrieren. Wir sind auch offen für
38 deren kulturellen Bräuche. Aber es muss unmissverständlich ein klares Bekenntnis zu unse-
39 rem Grundgesetz und unseren elementaren Werten und Gebräuchen erfolgen. Nur so kann
40 ein Miteinander friedlich und im gegenseitigen Respekt gelingen.
41

42 Außerdem kann eine Integration, eine Einbindung in unsere gesellschaftliche Mitte, nur funk-
43 tionieren, wenn die Anzahl der Ankommenden bewältigbar bleibt. Denn wie gelingt eigentlich
44 Integration? Durch Arbeit, durch Teilhabe im Vereinsleben, durch ehrenamtliche Helfer, die
45 das Ankommen ermöglichen und in unser Leben und unsere Kultur einführen. Die Kapazitäten
46 für eine solche Einbindung sind aber naturgemäß endlich. Deshalb sprechen wir uns auch klar
47 für eine Integrationsgrenze von max. 200.000, legal nach Deutschland immigrierte Menschen
48 pro Jahr aus.
49

50 Jedwede weitere Zuwanderung kann nicht gelingen, wird zu zunehmenden Spannungen in
 51 unserem Land und auch in unserem Landkreis führen. Illegale Migration kann nicht toleriert
 52 werden, denn sie ist, wie der Name schon sagt: illegal. Genau deshalb reichen auch die bis
 53 dato getroffenen Entscheidungen auf Bundesebene nicht aus. Die beschlossenen Maßnah-
 54 men aus der Einigung zwischen Bund und Ländern, die erst noch umgesetzt werden müssen,
 55 sind ein wichtiges Signal. Aber sie werden wohl nicht ausreichend sein, um die von uns anvi-
 56 sierte Integrationsgrenze zu erreichen. Wir wiederholen dies: Die aktuelle Entwicklung eines
 57 hohen Migrationsdrucks darf nicht dazu führen, dass unsere gesellschaftliche Stabilität und
 58 sogar unsere Demokratie weiter gefährdet wird, weil an der Mehrheitsmeinung vorbei, teils
 59 ideologisch geprägt, Politik betrieben wird.

60

61 **Zur Lage im Landkreis Neustadt/Aisch – Bad Windsheim:**

62

63 Die Städte und Gemeinden in unserem ländlich geprägten Landkreis haben bei der Unterbrin-
 64 gung und Betreuung von Geflüchteten ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Wir stehen mittlerweile
 65 mit dem Rücken zur Wand. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24.2.2022 hat
 66 Deutschland über eine Million ukrainische Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Die Hilfsbereit-
 67 schaft war und ist auch bei uns für diese Krisensituation vor den Toren der EU überwältigend.
 68 Doch zugleich ist der private Wohnraum indes belegt, öffentliche Gebäude sind kaum verfüg-
 69 bar und selbst erschlossene Grundstücke zur Errichtung von Container- oder Systembauten
 70 sind rar. Wir beobachten zudem, dass die Bereitschaft von Wohneigentümern deutlich nach-
 71 lässt, an Flüchtlinge zu vermieten, vor allem, wenn diese aus dem Nahen und Mittleren Osten
 72 oder Nordafrika stammen.

73

74 Unabhängig davon brauchen die geforderten Standards bei der Unterbringung mehr Flexibili-
 75 tät, von den Richtlinien müsse auch abgewichen werden können. Auch müsse die Bundesre-
 76 gierung angesichts der finanziellen Belastungen für Länder und Kommunen bei den diesbe-
 77 züglichen Zuwendungen deutlich nachbessern.

78

79 Im Landkreis sind mittlerweile insgesamt mehr als 2.250 Geflüchtete untergebracht, was an-
 80 gesichts der unterschiedlichen Lebenssituationen professionelle Betreuung erfordert. Der Be-
 81 ratungsbedarf ist enorm, die Kosten dafür werden trotz staatlicher Zuwendungen bei den
 82 Wohlfahrtsverbänden wie auch den Kommunen hohe finanzielle Defizite verursachen. Hinzu
 83 kommt, dass seit 2021 die Fallzahlen bei der Sozialhilfe um 30 und die beim Wohngeld um 47
 84 Prozent gestiegen sind. Bei den monatlich weiter zunehmenden Asylanträgen ist dies nicht
 85 mehr leistbar.

86

87 Nahezu alle Städte und Gemeinden sind auch ohne Zuwanderung zu rigorosem Sparen ge-
 88 zwungen und regional wie überregional fehlt es an Geld für dringend notwendige Infrastruk-
 89 turmaßnahmen. Zeitgleich benötigen die sich um Asylbewerber kümmernden Einrichtungen
 90 und Behörden immer mehr Personal und Geld. Der Druck auf die ausführenden Organisatio-
 91 nen wächst auch hier.

92

93 *Der soziale Frieden ist gefährdet*

94

95 Mit dem nahezu unbegrenzten Zuzug ist nach Ansicht der CSU im Landkreis, wie bereits her-
 96 ausgestellt, auch der soziale Frieden in Gefahr. Nicht zuletzt, weil die Zuweisung von mehr
 97 und mehr Flüchtlingen Zwist in unsere Kommunen bringt. So steigt der Druck auf kommunale
 98 Verantwortungsträger massiv an. Sie stehen vielfach „zwischen den Stühlen“ und bekommen
 99 den Unmut über die verfehlte Migrationspolitik der Bundesregierung zu spüren. Diese Entwick-
 100 lung dürfte noch weiter zunehmen, da zu befürchten ist, dass die Einwanderungszahlen weiter
 101 steigen (wachsende Anzahl globaler Kriege und Menschenrechtsverletzungen, weltweiter
 102 Hunger und Veränderungen durch das Klima).

103

104 Wie eingangs bemerkt, fürchten wir, dass mit dem unbegrenzten Zuzug extreme religiöse und
 105 politische Ansichten nach Deutschland getragen werden. Dies destabilisiert unser Land und

106 bindet Sicherheitskräfte, die bei anderen Aufgaben fehlen. Integration muss auch deshalb völ-
 107 lig neu gedacht werden, weil offen ausgetragener Islamismus und Antisemitismus (siehe z.B.
 108 Demonstrationen in Essen) auf unseren Straßen zeigen, dass der „Multi-Kulti-Kurs“ des linken
 109 Parteienspektrums gescheitert ist.

110
 111 *Kaum Unterbringung vorhanden, Gefahr der Belegung von Turnhallen*

112
 113 Gelingt es nicht, den Migrationsdruck auf unser Land spürbar zu reduzieren, besteht die Ge-
 114 fahr, dass Turnhallen belegt werden müssen. Dies ist der letzte Ausweg für Landkreisverwal-
 115 tungen und Landräte. So auch bei uns. Aber schon 2015/2016 war der Rückgriff auf Turnhal-
 116 len, als Übergangslösung, nur schwer vermittelbar gewesen. Wenn aber wie jetzt, kein Ende
 117 des Zustroms in Sicht ist, droht die Übergangslösung zu einer Dauereinrichtung zu werden,
 118 was keinesfalls akzeptabel ist – weder für die Schutzbedürftigen noch für unsere Bürgerinnen
 119 und Bürger. Die Wut der Vereinsmitglieder und Eltern, beim Gang eines solchen Schrittes,
 120 dürfte die Spannungen in unserer Gesellschaft nochmals deutlich verschärfen. Unser Landrat
 121 sieht sich vor diesem Hintergrund teils massiven (persönlichen) Anfeindungen gegenüber. Er
 122 ist angehalten unterzubringen, die Möglichkeiten und die Akzeptanz dafür fehlen allerdings.

123
 124 Dabei sehen wir den Vorrang vor dezentralen Unterbringungen klar gegeben. Denn nur dann
 125 besteht zumindest eine Chance auf Integration. Zur Wahrheit gehört aber, dass, angesichts
 126 des anhaltenden Migrationsdrucks, auch an zentralen Unterbringungsformen wohl kein Weg
 127 vorbeiführen wird. Wir betonen in diesem Kontext allerdings explizit: Für „gut“ erachten wir dies
 128 nicht. Vielmehr ist dies Ergebnis einer Migrationspolitik, die wir für falsch und existenzbedro-
 129 hend halten.

130
 131 *Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Beschäftigten in unserer Landkreisverwal-*
 132 *tung. Sie sind am Ende ihrer Kräfte angelangt. Pandemie, Energie- und Flüchtlingskrise haben*
 133 *dazu geführt, dass für alle Aufgaben und insbesondere zur akuten Krisenbewältigung die im-*
 134 *mer gleichen Mitarbeiter herangezogen werden müssen. Personelle Aufstockungen und haus-*
 135 *interne Umschichtungen können mit der Entwicklung und Dynamik der Situation nicht mehr*
 136 *Schritt halten. Zusätzlich sprengen die wachsenden Aufgaben den Haushaltsrahmen des*
 137 *Landkreises.*

138
 139 Daher fordern wir als CSU im Landkreis Neustadt/Aisch – Bad Windsheim, wie auch als Ge-
 140 samtpartei folgende Maßnahmen:

141
 142 **Politische Forderungen auf Landes- und Bundesebene:**

143
 144 ***Für die CSU im Landkreis*** müssen die Hürden für die Einwanderung nicht gelockert, wie von
 145 der ‚Ampel‘ in Berlin unter Führung von Bundeskanzler Scholz, seiner SPD und den Grünen
 146 geplant, sondern, wie auch das Staatsbürgerschaftsrecht, verschärft werden.

147
 148 ***Wir, als CSU,*** setzen daher unsere Anstrengungen fort, die Zahl der nach Deutschland und
 149 Europa flüchtenden Menschen nachhaltig und auf Dauer zu reduzieren, damit sich eine Situ-
 150 ation wie die des Jahres 2015 nicht wiederholen wird und kann: Durch Bekämpfung von Fluch-
 151 tursachen, durch entschlossenes Vorgehen gegen Schlepper und Schleuser und durch Zu-
 152 sammenarbeit mit UNHCR, IOM und Herkunfts- und Transitstaaten sowie durch legale Auf-
 153 nahmeinstrumente. Denn es hat sich gezeigt: Nur ein geringer Teil der Flüchtlinge ist asylbe-
 154 rechtigt. Bei den in Deutschland im Jahr 2015 abgeschlossenen Verfahren, so zeigt aus Aus-
 155 wertung aus dieser Zeiten, wurden gerade einmal 0,7% der Antragsteller nach dem deutschen
 156 Grundgesetz als Asylsuchende anerkannt.

157
 158 ***Wir, als CSU,*** wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen aus humanitären Grün-
 159 den (Flüchtlinge und Asylbewerber, subsidiär Geschützte, Familiennachzug, Relocation und
 160 Resettlement, abzüglich Rückführungen und freiwillige Ausreisen künftiger Flüchtlinge) die
 161 Zahl von besagten 200.000 Menschen im Jahr nicht übersteigt.

162
 163 **Wir, als CSU**, fordern ein: Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern nach dem Vor-
 164 bild des EU-Türkei-Abkommens, Schutz der EU-Außengrenzen, EU-weite gemeinsame
 165 Durchführung von Asylverfahren an den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen
 166 von dort. Des Weiteren braucht es wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursa-
 167 chen. Eine gezielte wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und von Teilen des Nahen Ostens kann
 168 dort zu wirtschaftlicher Prosperität führen und ist in unserem eigenen Interesse als Exportna-
 169 tion.

170
 171 **Wir, als CSU**, fordern Asylverfahren für alle neu Ankommenden in Entscheidungs- und Rück-
 172 führungszentren - nach dem Vorbild von Manching, Bamberg und Heidelberg. Die Asylbewer-
 173 ber verbleiben dort bis zur schnellstmöglichen Entscheidung ihres Antrages. Denn auch sie
 174 verdienen eine schnelle Planungssicherheit. Im Falle der Ablehnung ihres Antrages werden
 175 sie aus diesen Einrichtungen zurückgeführt.

176
 177 **Wir, als CSU**, fordern die Liste der sicheren Herkunftsländer zu erweitern. Dies gilt jedenfalls
 178 für Marokko, Algerien und Tunesien. Die Grenzkontrollen werden aufrechterhalten bis der EU-
 179 Außengrenzschutz gewährleistet ist. Der Familiennachzug zu subsidiär Geschützten bleibt
 180 ausgesetzt. Und sollte das oben genannte Ziel wider Erwarten durch internationale oder nati-
 181 onale Entwicklungen nicht eingehalten werden, so fordern wir von der Bundesregierung und
 182 dem Bundestag geeignete Anpassungen des Ziels nach unten oder oben zu beschließen.

183
 184 **Zum Aspekt der Arbeitskräftemigration:**

185
 186 Wir haben eine klare gemeinsame Position zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeits-
 187 markt, die sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientieren muss: Kein Arbeitsplatz soll un-
 188 besetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Deshalb braucht unser Land auch ein Fachkräfte-
 189 Zuwanderungsgesetzes.

190
 191 Mitunter geschieht allerdings in der öffentlichen Debatte zu leicht die Vermengung beider The-
 192 men. Das Asylrecht zielt darauf ab, Menschen Schutz zu bieten. Hier geht es nicht um Zuwan-
 193 derung in den Arbeitsmarkt. Zumal dies bei Geflüchteten leider in sehr vielen Fällen nicht ge-
 194 schieht. Angesichts der nachweislich vielfach geringen Qualifikation der Flüchtlinge wird es zu
 195 einem erheblichen Teil eine Immigration in die Arbeitslosigkeit geben. Etwa 55 Prozent der
 196 Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland kamen, sind heute erwerbstätig. D.h. knapp die
 197 Hälfte ist es immer noch nicht (vgl. BRFaktenfuchs vom 24.02.2023). Nach acht Jahren!

198
 199 Sicher, es könnte theoretisch sein, dass junge und gebildete Migrantinnen zu uns kommen, die
 200 den Staat finanziell unterstützen, statt ihn zu belasten. Aber das ist derzeit leider nur bei einer
 201 kleinen Minderheit der Fall. Hingewiesen sei in diesem Kontext auf eine Veröffentlichung des
 202 Präsidenten des ifo Instituts, Prof. Dr. Clemens Fuest (ifo Schnelldienst 4/2016 – 69. Jahrgang,
 203 S. 11ff.): Er stellt fest, dass selbst bei einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt, dennoch
 204 gesamtwirtschaftlich ein Negativsaldo durch geringqualifizierte Zuwanderer entsteht. Ein-
 205 fach, weil Geflüchtete in sehr hohem Maße unterdurchschnittliche Einkommen beziehen. In
 206 Summe erhalten diese nämlich mehr an staatlichen Leistungen, als sie an Steuern und Abga-
 207 ben in das System einbringen. Wenn sie denn, wie gesagt, überhaupt in den Arbeitsmarkt
 208 kommen.

209
 210 Richtig ist zweifelsohne, die Menschen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, schnellst-
 211 möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Durch die Vermittlung von Sprach- und Fachkennt-
 212 nissen. Denkbar ist auch ein schneller Einsatz in gemeinnützige Tätigkeit für sämtliche hier
 213 lebende Flüchtlinge. Der drohende Wohlstandsverlust, der durch den demographischen Wan-
 214 del („Babybommer“ gehen in Rente) zu befürchten ist, wird die deutsche Volkswirtschaft aber
 215 durch vielfach ungelernete Flüchtlinge nicht ausgleichen können. Hier entsteht in der veröffent-
 216 lichten Meinung bisweilen ein falsches Zerrbild. Zu oft werden in journalistischen Beiträgen die
 217 Musterbeispiele an Qualifikation und Integration gezeigt.

218
 219 Völlig anders verhält es sich beim Zuzug von qualifizierten Fachkräften. Deren Zuwanderung,
 220 einhergehend mit hohen Einkommen, entlasten unsere Gesellschaft, weil sie mehr in die öf-
 221 fentlichen Kassen einzahlen, als daraus zu empfangen. Dies zeigen verschiedene Studien
 222 (vgl. Kosten und Chancen der Migration, ifo Schnelldienst 4/2016 – 69. Jahrgang). Genannt
 223 sei hier beispielhaft die viel beachtete Untersuchung von Prof. Dr. Holger Bonin (Zentrum für
 224 Europäische Wirtschaftsforschung), unter dem Titel „Der Beitrag von Ausländern und künftiger
 225 Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt“ (2014).

226
 227 Diese zeigt: Unter Zuhilfenahme der Instrumente der „Generationenbilanzierung“ ist eine klare
 228 Mehrbelastung öffentlicher Haushalte durch Zuwanderung von gering- oder gar nichtqualifi-
 229 zierten Menschen zu konstatieren. Geht man von einer jährlichen Zuwanderung in die Bun-
 230 desrepublik von 200.000 Menschen aus (mit einem Qualifikationsniveau, welches das der
 231 schon hier lebenden ausländischen Bevölkerungsgruppen entspricht), dann folgen daraus
 232 jährliche fiskalische Mehrbelastungen in Höhe von rund zehn Mrd.

233
 234 Bei hoch qualifizierten Zuwanderern dreht sich diese fiskalische Bilanz um und wird stark po-
 235 sitiv. Diese würde nämlich eine Entlastung von mehr 88 Mrd. Euro für das Staatswesen mit
 236 sich bringen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Einwanderung hoch qualifizierter Arbeits-
 237 kräfte ausgesprochen vorteilhaft für Deutschland ist, während weniger gut ausgebildete Zu-
 238 wanderer selbst dann fiskalische Belastungen mit sich bringen, wenn ihre Qualifikation immer-
 239 hin noch dem Durchschnitt der teilweise seit langer Zeit hierzulande lebenden Ausländer ent-
 240 spricht.

241
 242 Schlussfolgerung: Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sprechen wir uns gegen eine unge-
 243 bremsste Migration aus, weil diese unser Sozialsystem auf Dauer an den Rand seiner Funkti-
 244 onsfähigkeit bringen wird. Anders verhält es sich bei der Anwerbung qualifizierter und hoch-
 245 qualifizierter Arbeitskräfte. Diese werden von unserer Ökonomie benötigt. Wie wir uns als Bun-
 246 desrepublik Deutschland hier im internationalen Wettbewerb positionieren müssen, sollte ins-
 247 gesamt viel mehr Gegenstand politischer Debatten sein.

248
 249 **Gesamtfazit:**

250
 251 Unser Ziel ist es, Menschen aus politischen Gründen Schutz angedeihen zu lassen. Und zwar
 252 dann, wenn sie ihn wirklich brauchen. So sehr wir auch persönliche Beweggründe jedes Ein-
 253 zelnem verstehen können, der sich ein besseres wirtschaftliches Leben in Deutschland ver-
 254 spricht, können wir als politisch Verantwortliche nur feststellen, dass unsere Gesellschaft eine
 255 derartige Aussicht nicht mehr geben kann und darf. Die Kosten sind ökonomisch zu hoch und
 256 gefährden bei einem weiteren Zustrom unsere innere Stabilität. Schon jetzt wird es eine große
 257 Herausforderung, die hier lebenden, anerkannten Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu integ-
 258 rieren. Zugleich betonen wir, dass es verstärkter Anstrengungen bedarf, qualifizierte und hoch-
 259 qualifizierte Arbeitskräfte nach Deutschland zu locken. Hier gilt es attraktiver zu werden, im
 260 internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe. Eine Vermischung von gezielter, qualifizier-
 261 ter Einwanderung und dem Recht auf Asyl ist inhaltlich falsch und nicht zielführend.

262
 263 Die CSU im Landkreis fordert die Verantwortlichen im Bund und in Europa dazu auf, mit ihren
 264 Vorschlägen, jetzt endlich aktiv zu werden! Denn bei einem „weiter so“, wird unser Land bald
 265 nicht mehr in der Lage sein, wirklich Bedürftigen und Verfolgten zu helfen - auch Sankt Martin
 266 gab nur einen halben Mantel. In unzähligen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern stellen
 267 wir uns deren Nöte und Ängste. Hier spüren wir deutlich den großen Unmut, der vielerorts, ob
 268 der fehlgeleiteten Asylpolitik des Bundes, herrscht. Landrat Weiß ist mitunter in der Rolle des
 269 Prellbocks, obwohl er in seiner Funktion als Staatsbeamter nur Vorgaben umsetzt. Es ist an
 270 den verantwortlichen Parteien, die Verantwortung für die aktuelle Lage zu übernehmen. Auch
 271 bei uns vor Ort.